

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

2. Februar 2016

Sprecher Gert Bork
Mühlenweg 78
46486 Wesel
Telefon 0281 - 64355
g.bork@t-online.de

www.betuwe-niederrhein.de

Bundestagsbeschluss stempelt uns zu Bürgern zweiter Klasse

Unsere Landräte und der Oberbürgermeister müssen endlich aktiv werden

Das Thema Betuwe ermüdet die Bürger seit über 20 Jahren. Die für den Einzelnen unvorstellbaren Auswirkungen, leere Worthülsen der Politiker und Täuschungen wie das öffentliche Versprechen „höchster Sicherheitsstandards“ durch den Bahnvorstande Grube machen müde und ohnmächtig.

Es geht um viel mehr als nur ein paar armselige Pechvögel, die direkt am Gleis wohnen. Der Lärm-Teppich breitet sich rechts und links der Gleise je einen Kilometer, die Zone mit tödlicher Bedrohung bei Kesselwagen-Unglücken je acht Kilometer aus – also viele Hunderttausend Betroffene in einem 16-Kilometer-Korridor längs von Europas wichtigster Güterzugtrasse.

Auf den Druck der Landräte in Baden-Württemberg hin bewilligte der Bundestag am 28. Januar 2016 dort sogar übergesetzlich hohen Lärmschutz für 1,5 Milliarden Euro.

Bei uns werden die Kommunen von den Kreisen allein gelassen. Das darf nicht sein. Der Klever Landrat Spreen ignoriert das Problem und Ansgar Müller verhält sich genauso und duckt sich weg. Trotz Beschlüssen im Kreistagsausschuss und im Kreistag. Auch Verkehrsminister Groschek erkennt, dass wir hier in NRW von Bund und Bahn benachteiligt werden – sein Brief liegt bei.

Die Entscheidung des Bundestages vom 28. Januar 2016 straft uns in NRW deutlich zu Bürgern zweiter Klasse ab – das sagen auch unsere Landtagsabgeordneten Meesters und Zimkeit. 1.500 Millionen Euro dort für mehr Lärmschutz als gesetzlich geboten, wir bekommen schlechteren Lärmschutz und obendrein fehlen sogar 40 Millionen für von der Feuerwehr geforderte Technik.

Wir haben die Kreistags-Fraktionen aufgefordert, den Druck auf den Landrat Müller zu erhöhen, damit er endlich für die Bürger im Kreis aktiv wird.

Anlagen:

Brief an einen Fraktionsvorsitzenden vom 2. Februar 2016
Brief von Minister Groschek an Abgeordnete vom 2. Dezember 2016

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen allein in unserer kleinen Region werden permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet. Abnehmende Lebensqualität schädigt unsere Gemeinwesen und senkt den Wohlstand.